

**FRAGEN ALS EMPFEHLUNG
FÜR DIE SCHRIFTLICHE ZUSAMMENFASSUNG
ZUR BEANTWORTUNG DURCH DIE LÄNDER**

DEUTSCHLAND

**I.
WIRTSCHAFTSDATEN DER BRANCHE**

Geben Sie bitte die **Wirtschaftsdaten zum Bergbau (M)** getrennt und laut internationaler Statistikklassifizierung an. **Erstes Jahr sollte das Jahr 2000**, oder das ihm am nächsten kommende Jahr, und **letztes Jahr das Jahr 2005** sein. Führen Sie bitte auch die vorläufigen Schätzdaten für das Jahr **2006** an.

1.) Unternehmen im Bergbau nach ihrer Größe und auf Basis der ILO-Klassifizierung
- *Siehe Brancheninformationen*

2.) Unternehmen in den einzelnen Bereichen nach ihren Besitzverhältnissen, z. B. Mehrheiten (mehr als 50%)

- Staatsbesitz - 1
- einheimischer Privatbesitz - 3
- ausländischer Besitz - 2

Im Berichtszeitraum gab es in Deutschland keine staatlichen Bergbauunternehmen. Vattenfall Europe AG und MIBRAG sind Unternehmen in ausländischem Besitz, alle anderen haben einheimische Eigner.

3.) Beschäftigtenzahl in den Bereichen laut ISCO 88 Kategorien

- Arbeiter (Hauptgruppen 4-9)
- Angestellte (Hauptgruppen 1, 2, 3)

keine statistischen Angaben vorhanden

4.) Angaben zu den Bereichen

- Produktionswert zu vergleichbaren Preisen, davon:
- Inlandsabsatz
- Export
- Gewicht in Prozent der Industriestruktur
- Import

- große Importe an Steinkohle

5.) Wie haben sich die unter 1-4 genannten Faktoren von 2000 (oder dem Jahr mit verfügbaren Angaben) bis 2005 entwickelt?

6.) Schriftliche Meinung zur Situation in der Branche (max. 3 Seiten!) - *siehe Anhang 1*

II. RECHTSRAHMEN

Geben Sie bitte genau den Rechtsrahmenbereich für Arbeitsbeziehungen in der Bergbauindustrie an (**Titel/Nummer der Rechtsvorschrift und Datum des Inkrafttretens**)

Das wichtige Gesetz für den Sozialdialog, das für alle Branchen in Deutschland gilt, ist das Betriebsverfassungsgesetz, das den Dialog in den Unternehmen regelt. Das Tarifvertragsgesetz enthält die Bestimmungen für Kollektivverhandlungen, und drei Gesetze (Mitbestimmungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz 1952, Montanmitbestimmungsgesetz) regeln das Recht auf die Arbeitnehmervertretung in Aufsichtsräten. Das Mitbestimmungsrecht (...im engl. Text kein Prädikat...) die Zahl der Beschäftigten und der betreffende Industriezweig. Die Beschäftigten in der Bergbau- und Stahlindustrie haben fast gleiche Rechte.

III. PRIVATISIERUNG

1.) Hat die Privatisierung begonnen und wie weit ist sie in den einzelnen Bereichen vorangeschritten?

- Wie viel Prozent der Unternehmen waren betroffen?
- Wie viel Prozent der Arbeitnehmer waren betroffen?
- Wie viel Prozent der Arbeitnehmer waren vom so genannten Outsourcing betroffen?
- Wie viel Prozent der Arbeitnehmer in früheren Unternehmen wurden arbeitslos?

Keine Privatisierung nach 2000

2.) Auslandskapital

- Wie viel Prozent sind strategische und wie viel Prozent Finanzinvestoren?
- Aus wie vielen Ländern kam es? Bitte nach Umfang auflisten!
- Welche multinationalen Unternehmen und ausländische oder einheimische Investoren sind präsent (in welchen Unternehmen, Bereichen, usw.)

Keine Finanzinvestoren – keine Änderung 2000 - 2005

3.) Wie ist die Leistungsstärke privatisierter Unternehmen? *k. A.*

4.) Welche Möglichkeiten hatten Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen

- bei Beginn der Privatisierung *k. A.*
- beim eigentlichen Besitzerwechsel *keine Erfahrungen in jüngster Vergangenheit*
- zur Mitgliedschaft in Gremien der neuen Unternehmen (Aufsichtsrat, usw.) *siehe Frage 2 oben, Mitbestimmungsgesetze*

5.) Schriftliche Meinung zu positiven und negativen Erfahrungen bei der Privatisierung. Unter 1-4 äußern Sie sich bitte getrennt zu den Branchen Bergbau, Chemie und Energie! *k. A.*

IV. SOZIALDIALOG – GEWERKSCHAFTEN, ARBEITGEBERORGANISATIONEN

1.) Welche nationalen Gewerkschaftsverbände/Arbeitgeberorganisationen sind in den Bereichen mit Branchen-/Bereichsgewerkschaften/-organisationen vertreten? Bitte nach Größe geordnet (mit genauem Namen und Anschrift) angeben. Wie kooperieren sie?

- nur IG BCE – zwischen 85-97%
- Arbeitgeberorganisationen für verschiedene Bergbaubranchen

2.) Entwicklung des Organisationsgrades auf Betriebsebene von 2000-2005 in Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl

- IG BCE – zwischen 85-97% in den verschiedenen Bergbaubranchen, weitgehend unverändert

3.) Wie viele Betriebe (kleine, mittlere und große Unternehmen) sind nicht organisiert?

- unverändert

4.) Gibt es in den Betrieben neben den Gewerkschaften andere Arbeitnehmervertretungen?

- Betriebsräte, mit ausführlicher Beschreibung ihrer Aktivitäten - *Betriebsrat (siehe Antworten II)*
- Arbeitsschutzausschüsse, mit ausführlicher Beschreibung ihrer Aktivitäten - *Ausschuss des Betriebsrates*
- Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, usw.? Wer wählt oder delegiert sie? – *Ja, je nach Größe. Betriebsratsmitglieder oder alle Beschäftigten laut spezieller Gesetze*

5.) Bestehen

- Vereinbarungen mit der Regierung oder nationalen Arbeitgeberorganisationen, die für die gesamte Wirtschaft des Landes gelten? - *nein*
- Kollektivverträge, Lohnvereinbarungen auf Branchenebene? - *ja*
- Kollektivverträge, Lohnvereinbarungen auf Betriebsebene? - *einige*
- a) *wenn es keinen Branchentarifvertrag gibt*
- b) *zur Spezifizierung von Branchenverträgen*

6.) - In wie viel Prozent der Betriebe? - *100%*
- Für wie viel Prozent der Arbeitnehmer gelten die Kollektivverträge? - *100%*

7.) Gibt es einen Sozialdialog auf Branchenebene in Ihrem Land?

- *Kooperation über die Betriebsräte und Mitbestimmung für die verschiedenen Unternehmen, aber kein spezieller Branchendialog*

V. VORSCHLÄGE

1.) Zukunftsbild der Branche in den betreffenden Ländern mit Merkmalen (max. 3 Seiten)
- *Siehe Brancheninformation*

2.) Hauptziele und –forderungen der Gewerkschaften im Land. Wenn möglich, bitte ein oder zwei kurze Beispiele für beste und schlechteste Fälle oder Situationen anführen (max. 3 Seiten)

- mögliche politische Katastrophen, u. a. Finanzen für Steinkohlebranche

3.) Vorschläge zum „Handbuch Guter Praktiken“ (Anfertigung durch EU-Projekt) und zum Leitfaden Strukturwandel (bitte als Anhang, max. 3 Seiten)

- Siehe Bericht

4.) Anfragen, Vorschläge, Ideen

Die Situation in der Bergbauindustrie Deutschlands

Obwohl es in Deutschland eine Reihe von Bergbaubranchen gibt, werde ich mich in diesem Bericht auf Steinkohle, Braunkohle, Kali und Mineralsalze beschränken.

Kohlereviere in Deutschland

Verteilung der Energiequellen

519 Mrd. KWh in Deutschland 2005
(letztes Jahr 2004 in Klammern)

Der Energie-Mix in Deutschland

Stein- und Braunkohle spielen beim primären Energieverbrauch Deutschlands eine wichtige Rolle.

Steinkohle

Deutsche Steinkohle wird nur von einem Unternehmen, der RAG AG in Essen, gefördert. Die Bergwerke befinden sich in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Saarland.

Deutsche Steinkohle ist etwa dreimal teurer, als die, die auf dem Weltmarkt angeboten wird. Um die Abhängigkeit von Steinkohleimporten zu verringern und Arbeitsplätze in den Bergbaugebieten zu erhalten, subventioniert die deutsche Regierung die Steinkohleförderung. Es wurden politische Entscheidungen getroffen, um diese Subventionen in den vergangenen Jahren abzubauen. Die Kohleproduktion hat dementsprechend abgenommen.

Zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaft wurde eine Vereinbarung über einen Anpassungsprozess ohne Entlassungen geschlossen.

Rückläufige Steinkohleproduktion in Deutschland

Beschäftigte
Kapazität in Mio. t

Planung für die
Zukunft

Die Produktion ist von 50 Millionen Tonnen 1997 auf 26 Millionen Tonnen 2005 zurückgegangen und wird bis 2012 weiter auf 16 Millionen Tonnen gesenkt.
Die Beschäftigtenzahl ging von 84.000 1997 auf 36.000 im Jahre 2005 zurück.
Für 2012 erwarten wir nur noch eine Beschäftigtenzahl von 20.000. Dementsprechend gingen die Subventionen zurück.

Es ist schwierig, den Anpassungsprozess auf den Weg zu bringen.
Ältere Arbeitnehmer nehmen früh in Rente, Untertagebergleute können mit 50 Jahren in den Ruhestand gehen, wenn sie mindestens 25 Jahre Untertage gearbeitet haben. Das Rentenalter für sonstige Arbeitnehmer beträgt 55.

Viele Arbeitnehmer wechseln die Branche, finden Arbeit in anderen Industriezweigen.
Das Unternehmen hilft ihnen bei der Arbeitsplatzsuche und bietet Fortbildungskurse an.

Viele weitere Maßnahmen werden zur Unterstützung dieses Prozesses, der sich auf verschiedene Weise auf die Bergbauggebiete auswirkt, benötigt:

Arbeitsplätze gehen verloren.
Die Zulieferindustrie verliert Verträge.
Das hat weitere Folgen: Arbeitsplätze
Werden auch in der Zulieferindustrie
abgebaut. Die Wirtschaftskraft im
Bergbaurevier wird schwächer.
Neue Arbeitsplätze zu schaffen ist nicht
einfach. Arbeitslosigkeit wächst. Die
Niederlassung neuer Firmen ist schwierig.
Firmen, die sich niederlassen, sind kleiner
und bieten weniger Arbeitsplätze, als es im
Bergwerk gab.

Auswirkungen auf die Energieversorgung der EU25
Quelle: EU-Kommission 2004

Die Folge für die Energieversorgung ist
eine wachsende Abhängigkeit von
Steinkohleimporten.

Braunkohle

In Deutschland gibt es vier Unternehmen, die Braunkohle abbauen:
Im Westen RWE im Rheinland, nahe Köln, Vattenfall Europe Mining AG in der Lausitz,
MIBRAG nahe Leipzig und BKBAG im Raum Helmstedt (zwischen Hannover und
Magdeburg).

Die Jahre von 1989 bis 2000 waren eine schwierige Zeit in den Revieren im Osten und in der
Mitte Deutschlands. Während des Wiedervereinigungsprozesses ging die Zahl der
Arbeitsplätze von 138.000 auf 10.000 zurück.

Im Berichtszeitraum (2000-2005) ging es den Unternehmen recht gut. Es gab kaum
Entlassungen.

Im Raum Helmstedt nahmen die Kohlevorkommen ab und damit ging der Verlust von Arbeitsplätzen einher.

(1989 – 2335, 2000 – 780, 2005 – 655)

Während dieser Zeit erschloss das Unternehmen neue Geschäftsbereiche, die ihm und den Beschäftigten neuen Perspektiven eröffneten. Die Gewerkschaft (IG BCE) war stark an diesem Prozess beteiligt.

Braunkohle wird in Tagebauen gefördert. Das ist einer der Gründe für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Bergbauunternehmen brauchen keine Subventionen.

Beschäftigtenzahl im Braunkohlebergbau 1989-2005

(tablazat)

Da Tagebaue stark in das ökologische System eingreifen, sind Umweltfragen eine Herausforderung für die Braunkohleförderung.

Die Rehabilitation von früheren Tagebaugebieten ist für das Bergbauunternehmen eine wichtige Aufgabe. Frühere Tagebaugebiete werden in Landschaften von ökologischer Bedeutung oder in Erholungsgebiete verwandelt.

Die Umsiedlung von Dörfern in künftigen Tagebaugebieten ist eine absolute Voraussetzung für die Fortsetzung der Braunkohleförderung. Obwohl die Grundstücksbesitzer angemessen entschädigt werden, gibt es doch manchmal Proteste oder juristische Schritte dagegen. Einige Rechtsfälle gingen sogar bis zum Verfassungsgericht.

Braunkohle wird zu 98% für die Energieerzeugung verwendet. Immer befindet sich ein Kraftwerk in der Nähe eines Tagebaus. Von großer Bedeutung ist die Senkung des Schadstoffausstoßes beim Verbrennungsprozess. Die Kraftwerke sind mit modernster Technik ausgestattet, wodurch die Emissionssenkung ermöglicht wird.

Die neue Generation von Kraftwerken besitzt einen hohen Wirkungsgrad. Sie sind in der Lage, Kohle auf effizienteste Weise zu nutzen und vermindern darüber hinaus die Emissionen.

Derzeitige Forschungen verfolgen das Ziel eines CO₂-freien Kraftwerks.

Kali- und Salzbergbau

In Deutschland fördert nur ein Unternehmen Kali. Die K plus S AG besitzt 6 Kalibergwerke. In den neunziger Jahren fusionierten Die Kaliunternehmen im Osten und Westen Deutschlands.

Kalibergwerke in Deutschland

Obwohl es viele Entlassungen gab, war dieser Prozess unvermeidbar, um auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein.

Im Berichtszeitraum (2000-2005) wurde
Kein Bergwerk geschlossen.

In den letzten Jahren blieb die
Beschäftigtenzahl konstant.

24 Bergwerke

17 Bergwerke

6 Bergwerke

Das größte Problem der europäischen Kaliindustrie ist Kali aus Russland und Belarus. Der Staat subventioniert die Kaliproduktion mit billigeren Gas- und Transportpreisen.

In den letzten zehn Jahren hat die Europäische Kommission Maßnahmen gegen diese Dumpingpreise ergriffen. In naher Zukunft wird entschieden, ob die Antidumping-Maßnahmen beibehalten werden.

Ohne Schutz vor diesen Dumpingpreisen für Kali müssten alle Kalibergwerke in der Europäischen Union stillgelegt werden.

Die größten Unternehmen im Salzbergbau sind die SWS AG in Heilbronn und Esco in Hannover. SWS hat etwa 1200 Beschäftigte und Esco ca. 900. In den letzten Jahren ist die Beschäftigtenzahl stabil geblieben.

Die wichtigsten Produkte dieser Unternehmen sind Salze für die chemische Industrie, Tafelsalz und Streusalz.

Alle Kali- und Mineralsalzunternehmen besitzen Finanzbeteiligungen an Firmen in anderen EU-Ländern. Die großen Einzelhändler in Europa bevorzugen, nur bei einem Lieferanten einzukaufen. Das ist ein Grund für ihre Investitionen.